

## **Impuls**

**Prof. Dr. Norbert Lammert**

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Präsident des Deutschen Bundestages a. D.

**Bundesweiter Caritas-Sonntag zum Abschluss der Caritas-Woche  
des Caritasverbandes für das Bistum Aachen**

Sonntag, 22. September 2024

Aachen, City-Kirche St. Nikolaus

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Die Demokratie ist immer dann am meisten gefährdet, wenn die Menschen beginnen, sie für selbstverständlich zu halten.“ Dieser Satz ist klug und gut beobachtet, leider nicht von mir, sondern von Barack Obama, aus seiner Abschiedsrede als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, wenige Tage vor dem Amtswechsel an seinen legendären Nachfolger.

Über die erschreckende Aktualität dieses Satzes hinaus mit Blick auf die Verfassung der Vereinigten Staaten, der übrigens ältesten verfassten Demokratie der Welt, lässt sich schwerlich übersehen, dass diese Beobachtung auch für uns zutrifft. Wir halten die Demokratie längst für selbstverständlich. Denn die allermeisten von uns – bis auf ganz wenige Ausnahmen – haben in ihrer gesamten Biografie nie andere Verhältnisse kennengelernt als die, die wir gegenwärtig haben und schließen daraus messerscharf: Demokratie sei der Normalzustand einer modernen Gesellschaft. Das ist nachweislich falsch. Demokratie ist ein Ausnahmezustand – und zwar sowohl historisch, mit Blick auf unsere eigene Geschichte, als auch mit Blick auf die Welt, in der wir leben: Bei anspruchsvoller seriöser Beobachtung der beinahe zweihundert Staaten, die auf dieser Welt gegenwärtig existieren, haben wir gerade mal zwei Duzend vollumfänglich demokratisch funktionierende Systeme, in denen weniger als acht Prozent der Weltbevölkerung leben.

Vor wenigen Wochen haben wir den 75. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland gefeiert, ein eher unauffälliges, tatsächlich aber eigentlich spektakuläres Jubiläum. Denn das Grundgesetz – mit dem diese Bundesrepublik Deutschland ins Leben getreten ist; das sich ausdrücklich und aus guten, historisch zwingenden Gründen damals als die provisorische Verfassung eines nicht souveränen westdeutschen Teilstaates verstand – gehört inzwischen zu den ältesten bis heute geltenden Verfassungen der Welt. Aber – und das ist mindestens so wichtig, als die eben doch beachtliche Zeit von 75 Jahren – es ist unser zweiter Versuch. Der erste Versuch hat keine 14 Jahre gehalten. Gescheitert ist die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, nicht an einem Bürgerkrieg, auch nicht an Putschversuchen, die es gab, sicher auch nicht an ihrer Verfassung, die sich ähnlich gut liest wie das Grundgesetz. Gescheitert ist die erste deutsche Demokratie am mangelnden Engagement von Demokraten. Und an dem bodenlosen Leichtsinne von Wählerinnen und Wählern, die aus Enttäuschung, Verzweiflung, Wut, Empörung ihre Stimme Fanatikern, Populisten, Extremisten anvertraut haben, die am Ende mit einer demokratisch zustande gekommenen Mehrheit von Nicht-Demokraten mit den Mitteln der Demokratie ein rechtsstaatliches

Verfassungssystem aus den Angeln gehoben haben, mit dramatischen Folgen für das eigene Land und für ganz Europa und die Welt.

Politische Systeme sind sterblich. Das ist tröstlich mit Blick auf autoritäre Systeme. Aber wir übersehen regelmäßig, dass dies eben für demokratische Systeme auch gilt. Bei genauem Hinsehen sind demokratische Systeme schwächer, labiler, empfindlicher als autoritäre Systeme. Denn im Unterschied zu diesen müssen sie auch ihren Gegnern die Mittel zur Bekämpfung demokratischer Institutionen zur Verfügung stellen, wenn sie nicht ihre eigene Glaubwürdigkeit riskieren wollen. Dass die zweite deutsche Demokratie bis heute jedenfalls erkennbar stabiler geblieben ist als die erste, hat nicht einen, sondern viele Gründe.

Einer der wichtigsten Gründe für die größere Stabilität der zweiten deutschen Demokratie ist nach meiner Erfahrung und meiner Überzeugung die breite aktive Bürgergesellschaft, die sich um diese Verfassungsordnung herum entwickelt hat. Das darf man eben auch nicht übersehen und in seiner Bedeutung auch nicht unterschätzen. Rund ein Drittel der hier im Land lebenden Menschen sind in irgendeiner Weise ehrenamtlich engagiert. Fast 30 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich in mehr als 600.000 gemeinnützigen Vereinen, Verbänden, Körperschaften und Initiativen. Wenn man die insbesondere infrage kommende Altersgruppe der 20- bis 70-Jährigen in den Blick nimmt, dann ist fast jeder Zweite in diesem Land auf die eine oder andere Weise ehrenamtlich engagiert. Manche davon mit einem Zeitaufwand, mit einer Regelmäßigkeit, die sich von hauptamtlicher Tätigkeit nur dadurch unterscheidet, dass sie nicht bezahlt wird. Das gilt für Kinder- und Jugendarbeit, für Kranken- und Altenpflege, für Sport, Kultur, für kirchliche Ämter, für die Betreuung von Behinderten, von Migranten, von Minderheiten, für internationale Versöhnungsarbeit und für viele Felder, die ein noch so perfekt organisierter Staat, selbst wenn er wollte, gar nicht abdecken könnte. Er würde als erstes an der Finanzierbarkeit scheitern, aber er könnte die Kapazitäten auch nicht vorhalten, die dafür gebraucht werden. Dass dieser deutsche Staat im Großen und Ganzen so funktioniert, wie er funktioniert, hängt – neben den verfassten rechtlichen Strukturen – ganz wesentlich mit dem Engagement der Zivilgesellschaft zusammen.

Ich will, allerdings etwas leiser, aber auch ernst gemeint, zwei Relativierungen hinzufügen, die sich aus einer Reihe jüngerer Studien leicht erkennen lassen. So erfreulich und ermutigend es ist, wie schnell, wie spontan, wie wirksam dieses bürgerschaftliche Engagement in Krisensituationen zu mobilisieren ist, so mühsam ist es inzwischen, es aufrecht zu erhalten. Die andere Relativierung: Ein beachtlicher Teil dieses – nochmal – hoch beachtlichen ehrenamtlichen

Engagements hat die Verfolgung spezifischer eigener Interessen im Auge – was völlig legitim ist – aber noch nicht notwendigerweise einen Beitrag zum Gemeinwohl darstellt.

Wenn wir uns heute das eigene Land betrachten, dann lässt sich schwerlich übersehen, dass wir mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert sind, sowohl von innen wie von außen. Diese Herausforderungen betreffen sowohl den Frieden wie die Freiheit wie die Sicherheit, sie betreffen die Demokratie, den Rechtsstaat und den Sozialstaat. Wie gehen wir mit diesen Herausforderungen um? Ganz offenkundig hat für die Bewältigung dieser Herausforderung insbesondere ein gewähltes Parlament, eine gewählte Regierung eine eigene herausragende Verantwortung. Aber zu glauben, dass sei bei denen gut aufgehoben ist und die das alleine hinkriegen, ist unter den Bedingungen einer freiheitlichen Gesellschaft eine wirklichkeitsfremde Erwartung. Ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat bewältigt seine Herausforderungen nur, wenn er von einer aktiven engagierten Bürgergesellschaft getragen und getrieben wird. Sich diesen Zusammenhang bewusst zu machen, ist jedenfalls keine übermütige Vorstellung in einem Jubiläumsjahr, in welchem wir nicht nur die Strecke im Auge halten sollten, die hinter uns liegt, sondern auch und gerade die, die wir vor uns haben und gemeinsam bewältigen müssen.

Deshalb zum Schluss nochmal diese zentrale Botschaft: Wir alle leben in einer historisch wie global betrachtet privilegierten Situation, weil wir zu der kleinen Minderheit der Weltbevölkerung gehören, die in demokratischen Verhältnissen leben und arbeiten können. Die Demokratie ist in der Geschichte unseres Landes wie in der Welt, in der wir leben, die Ausnahme von der Regel. Ob dieser Ausnahmezustand Bestand hat und wie lange er Bestand hat, entscheidet sich nicht über einen noch so gut gelungenen Verfassungstext, sondern über die Einsicht seiner Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die eigene Verantwortung zu begreifen und diese Verantwortung wahrzunehmen – an welcher Stelle auch immer.

Vielen Dank, dass Sie erkennbar erschrocken, aber geduldig zugehört haben.

\*\*\*